

PRESSEINFORMATION (Sperrfrist: 22. April 2026, 12:00 Uhr)

Chemie unter Druck – Reformen gefordert, Tarifabschluss setzt Zeichen

Pressegespräch der Chemieverbände Hessen

Frankfurt, 22. April 2026 – Die Chemie- und Pharmaindustrie in Hessen steht weiter unter massivem Druck und fordert schnelle Reformen sowie die Umsetzung der Chemieagenda. Eine Mehrheit der Unternehmen rechnet in den kommenden Monaten mit Stagnation oder weiterem Rückgang der Geschäfte. Ohne Entlastung bei Regulierung, Bürokratie, Energie- und Arbeitskosten droht weiterer Substanzverlust.

Im Jahr 2025 erzielte die chemisch-pharmazeutische Industrie in Hessen mit gut 55.000 Beschäftigten einen Gesamtumsatz von 30,9 Milliarden Euro. Damit lag der Umsatz um 1,9 Prozent, die Beschäftigung um 1,5 Prozent unter dem Vorjahresniveau. In der Pharmaindustrie zeigte sich dabei ein leicht positives Bild mit einem Umsatz von knapp 18,4 Milliarden Euro (+1,2 Prozent) und einem Produktionsplus von 1,9 Prozent – allerdings vor allem durch vorgezogene Exporte infolge der US-Zollpolitik. Für 2026 wird nur eine gedämpfte Pharmaentwicklung erwartet. Deutlich schlechter ist die Lage in der klassischen Chemie: Die Produktion sank um 4,2 Prozent, der Umsatz um gut 6 Prozent auf 12,5 Milliarden Euro. Seit 2021 ist die chemische Produktion in Hessen damit um 31 Prozent zurückgegangen. Der Umsatz ist im Vergleich zu 2022 um 34 Prozent gesunken. Der Ausblick bleibt eingetrübt: Der Irankrieg und die deutlich gestiegenen Energie- und Rohstoffkosten belasten das Chemiegeschäft zusätzlich.

Die zahlreichen Marktherausforderungen rücken die Frage nach den standortpolitischen Rahmenbedingungen noch stärker in den Mittelpunkt. „Die Arbeitskosten sind zu einer zentralen Belastung geworden. Die Sozialabgaben liegen bereits bei 42,3 Prozent – mit steigender Tendenz. Das schwächt unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit“, sagte Oliver Coenenberg (Sanofi-Aventis Deutschland GmbH), Vorstandsvorsitzender HessenChemie. „Bei der Rente braucht es jetzt Reformen, sonst steigen die Beiträge weiter. Und auch im Gesundheitssystem besteht akuter Handlungsbedarf: Vorschläge liegen vor – jetzt müssen daraus aber auch tragfähige Lösungen werden. Zusätzliche Belastungen für die Pharmaindustrie müssen dabei vermieden werden.“

Auch der jüngste Chemie-Tarifabschluss trägt den wirtschaftlichen Realitäten Rechnung. Nach intensiven Verhandlungen haben sich die Tarifparteien Ende März 2026 auf ein Ergebnis geeinigt. „Der Tarifabschluss zeigt, wie verantwortungsvolle Gestaltung in schwierigen Zeiten aussehen kann“, sagte Dirk Meyer, Hauptgeschäftsführer HessenChemie. „Moderate Entgeltsteigerungen werden bewusst mit Investitionen in Beschäftigungssicherung und Transformation verbunden. In dieser Phase geht es nicht um kurzfristige Verteilung, sondern um die Sicherung wirtschaftlicher Substanz. Somit kann auch die von der Bundesregierung vorgeschlagene – aber von den Arbeitgebern zu zahlende – steuerfreie Entlastungsprämie in der Chemiebranche keine relevante Rolle spielen.“

Neben hohen Arbeitskosten stehen auch energie- und klimapolitische sowie gesundheitspolitische Initiativen im Fokus der Standortdebatte.

Die Genehmigung des Industriestrompreises durch die EU-Kommission ist ein wichtiger Schritt. Die Entlastung ist jedoch gering. Zentrale Herausforderungen der Unternehmen

bleiben ungelöst: Energiekosten sind weiterhin hoch, regulatorische Vorgaben komplex, wodurch notwendige Investitionen ausbleiben. „Allen Beteiligten muss klar sein: Auch wenn der Industriestrompreis nun kommt, ist die Arbeit nicht getan. Denn für die Chemie wird die Energie- und Klimapolitik zunehmend zum Standortrisiko. Klimaschutz kann nur dann funktionieren, wenn er wettbewerbsfähig ausgestaltet ist. Andernfalls stehen weitere Arbeitsplätze und Standorte auf dem Spiel“, betonte Dr. Joachim Kreysing (Infraserv GmbH & Co. Höchst KG), Vorstandsvorsitzender VCI Hessen.

Im Hinblick auf die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung bleibt festzuhalten: Die pharmazeutische Industrie trägt bereits heute in großem Umfang zur Stabilisierung des Systems bei – unter anderem durch verpflichtende Herstellerabschläge in Milliardenhöhe. Weitere einseitige Belastungen im Arzneimittelbereich würden Investitionen, Innovationsfähigkeit und die Versorgungssicherheit gefährden. Und das in einem ohnehin sich verschärfenden internationalen Umfeld. Die handelspolitische Unsicherheit, insbesondere mit Blick auf die USA, erhöht den Druck auf international tätige Unternehmen. Sula Lockl, Geschäftsführerin VCI Hessen: „Unternehmen entscheiden heute global, wo sie investieren, produzieren und forschen. In dieser Situation dürfen wir unsere Standortattraktivität nicht weiter selbst schwächen.“

Auch der Blick nach vorn fällt in Hessen verhalten aus: 80 Prozent der Unternehmen erwarten laut Verbandsumfrage des Arbeitgeberverbandes HessenChemie in den kommenden Monaten eine stagnierende oder sinkende Produktion, 72 Prozent rechnen mit rückläufigen Umsätzen und 92 Prozent sehen keine Verbesserung ihrer Gewinne. 58 Prozent erwarten rückläufige Investitionen am Standort Hessen.

Vor diesem Hintergrund fordern die Chemieverbände Hessen entschlossenes politisches Handeln:

- **Sozialstaat reformieren** – Die Sozialabgaben müssen gesenkt werden. Dafür braucht es Reformen bei Rente, Gesundheit und Pflege. Es besteht Handlungsbedarf bei der GKV-Stabilisierung, zusätzlicher Kostendruck im Arzneimittelbereich setzt jedoch falsch an. Weitere Belastungen der Pharmabranche würden Innovation, Versorgung und den Standort schwächen. Entscheidend ist, ineffiziente Strukturen im Gesundheitssystem abzubauen und versicherungsfremde Leistungen aus Steuermitteln zu finanzieren.

- **Energie- und Klimapolitik nachschärfen** – Wettbewerbsfähige Energiepreise sind notwendig. Dafür braucht es eine Kombination des Industriestrompreises mit der Strompreiskompensation, eine Korrektur des Emissionshandels sowie einen verlässlichen Carbon-Leakage-Schutz.

- **Industriepolitische Verlässlichkeit schaffen** – Die bisherigen Ergebnisse der Chemieagenda 2045 müssen nachgeschärft werden. Unsere Industrie braucht Energiepreisstabilität auf wettbewerbsfähigem Niveau, eine spürbare Innovationsförderung sowie einen massiven Bürokratieabbau, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

763 Worte, 7.824 Zeichen (mit Leerzeichen)

Weitere Informationen

Fotos des Pressegesprächs sowie die Statements finden Sie unter www.hessenchemie.de (Newsroom) und www.vci.de/hessen (Presse).

Fragen richten Sie bitte an:

**Arbeitgeberverband Chemie und
verwandte Industrien für das Land
Hessen e.V. (HessenChemie)**

Roland Boros
Pressesprecher
Murnastraße 12
65189 Wiesbaden

Telefon 0611 710640

Mobil 0162 2710646

boros@hessenchemie.de

**Verband der Chemischen Industrie
e.V. – Landesverband Hessen
(VCI Hessen)**

Johanna Pöhland
Pressesprecherin
Mainzer Landstraße 55
60329 Frankfurt

Telefon 069 2556-1432

Mobil 0171 6440409

poehland@vci.de